

Beratungen

in der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

legen haben: Ihr Weg führt in die Irre. Er führt nicht zur Versöhnung, vielmehr birgt er Gefahr. Wir warnen davor, den Weg zur Versöhnung mit historischen Ungenauigkeiten und Auslassungen zu pflastern. Die heranwachsende Generation in beiden Ländern hat das Recht auf die ganze, die ungeteilte Wahrheit. Es ist unsere Pflicht, sie ihnen zu vermitteln. C

Mit den vorliegenden deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen wird von den Lehrern unserer Schüler erwartet, daß sie sich der Vermittlung eines ungenauen, teils einseitigen Geschichtsbildes schuldig machen,

(Zuruf von Helga Kutz-Bauer SPD)

auch wenn Herr Senator Apel inzwischen eingeräumt hat, daß sich die Lehrer nicht mehr Wort für Wort, sondern nur sinngemäß daran zu halten brauchten. Es ist hier der Versuch gemacht worden, einen Kompromiß zu finden. Ein auf den ersten Blick durchaus sympathisches Unterfangen. Aber die Wahrheit verträgt den Kompromiß nicht, die Wahrheit entzieht sich dem Kompromiß.

(Hempel FDP: Nun kommen Sie mal mit der Wahrheit heraus!)

Wir übersehen auch nicht die schwierige Situation der polnischen Seite, deren Handlungsspielraum begrenzt ist. Ihr ist die Möglichkeit verschlossen, entscheidende Fakten zu vermitteln, ohne die manches unverständlich bleibt. Der Chef der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat auf diesen Umstand im Kieler Landesparlament hingewiesen.

(Bodeit FDP: Uwe Ronneburger!)

Er hat gesagt, daß mit einem Partner verhandelt wurde, der in der „Wahl seiner Formulierungen nicht so frei ist, wie wir es sind“.

Ich verkenne nicht, daß die Empfehlungen für die polnischen Schüler Fortschritte bringen gegenüber dem schlechten bisherigen Zustand. Aber diese Fortschritte werden mit der Desinformation unserer Schüler erkaufte. Statt unerlaubte Kompromisse einzugehen, hätte man in strittigen Fragen den ehrlichen Weg gehen müssen: Dort, wo eine Einigung nicht erzielbar war, hätte man sich überall zur Unterschiedlichkeit der Standpunkte bekennen und sie nebeneinanderstellen müssen. D

Nun zu einigen gravierenden Punkten.

Völlig ausgeklammert wird die alles entscheidende Rolle, die die Sowjetunion bei den schwerwiegenden Nachkriegsentscheidungen gespielt hat. Mit keinem Wort wird erwähnt, daß die jetzige polnisch-sowjetische Grenze das gemeinsame Werk Stalins und Hitlers ist und daß die Westverschiebung Polens von der Sowjetunion als Entschädigung für das verlorene östliche Polen betrieben wurde. Die Grenzveränderungen werden schlicht als Ergebnis des Krieges beschrieben, und zur weiteren Begründung erfahren die Schüler nur, daß sie darauf abzielten, „staatliche und ethnische Grenzen nach Möglichkeit in Übereinstimmung zu bringen“. Die nach Zehntausenden zählenden Opfer der Vertreibung bleiben unerwähnt. Es wird von Evakuierung gesprochen, und Opfer der deutschen Bevölkerung werden nur für die Zeit vor

Ich rufe auf den

Punkt 44:

Antrag der Fraktion der CDU:

**Deutsch-polnische Schulbuchvereinbarungen
— Drucksache 3038 —**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Boysen.

Boysen CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Präsident Sadat von Ägypten hat vor der Knesset in Jerusalem den Propheten Sacharja zitiert: „Wahrheit und Friede gehören zusammen.“

(Bodeit FDP: Richtig! Die Sonne geht auch im Osten auf!)

Umgekehrt kann man sagen: Unwahrheit und Halbwahrheiten können Unfrieden stiften. Auch wenn bei den Verfassern der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen die lautersten Motive zugrunde ge-

(Boysen CDU)

A Kriegsende zugegeben. Es bleibt ungesagt, daß auf das entsetzliche Unrecht, das dem polnischen Volk und den in Polen einst lebenden Juden zugefügt wurde, neues Unrecht folgte: die Vertreibung von Polen, die Vertreibung von Deutschen und neue Unfreiheit. Einer, der dabei war, Kopelew, Kommunist, Offizier der Roten Armee, sagt in seinem erschütternden Buch „Aufbewahren für allezeit“:

„Was geschah in Ostpreußen? War eine derartige Verrohung unserer Leute wirklich nötig und unvermeidlich? Vergewaltigung und Raub, mußte das sein? Warum müssen Polen und wir uns Ostpreußen, Pommern und Schlesien nehmen? Lenin hatte seinerzeit schon den Versailler Vertrag abgelehnt. Aber dies war schlimmer als Versailles. In den Zeitungen und im Radio riefen wir auf zur heiligen Rache.“

Ein sowjetischer Offizier schreibt seine Erlebnisse auf 600 Seiten nieder. Er schreibt nieder, wie es war. Unter der Gefahr für seine persönliche Sicherheit und Freiheit hat er dieses Manuskript ins Ausland gebracht. Um der Wahrheit willen vermittelt er die Wahrheit. Wir, die wir in Freiheit leben, sollten weniger Anlaß haben, uns der ungeteilten Wahrheit zu entziehen.

Die Nachkriegsentwicklung im restlichen Deutschland, die Teilung unseres Landes, wird eindeutig sogar aus kommunistischer Sicht dargestellt. Sie wird — wie es die kommunistische Geschichtsschreibung macht — als Ergebnis des zweiten Weltkriegs beschrieben. Und das ist falsch. Das Ergebnis des zweiten Weltkriegs hätte die Bewahrung der Einheit Deutschlands bringen müssen, so wie das Potsdamer Abkommen es vorgesehen hatte. Die Unterwerfung eines Teils von Deutschland ebenso wie die Unterwerfung des freiheitsliebenden polnischen Volkes bleiben unerwähnt.

Der schwierige Wiedereingliederungsprozeß der Heimatvertriebenen im Westen Deutschlands wird ebenfalls in nicht akzeptabler Weise beschrieben. Die Bundesrepublik muß sich sogar noch die Vorzüge der Vertreibung vorrechnen lassen. Zitat: „Sie — die Vertriebenen — „spielten eine große Rolle beim wirtschaftlichen Aufschwung in Westdeutschland.“

(Troitzsch FDP: Das könnte sicher richtig sein!)

— Wenn dort nichts weiter steht und alle anderen Aspekte der Vertreibung unerwähnt bleiben, dann ist das eine ungeheuerliche Feststellung.

(Beifall bei der CDU)

Gänzlich unerwähnt bleibt die frühe bewegende Charta der Heimatvertriebenen vom August 1950 mit dem feierlichen Verzicht auf Rache und Vergeltung. Die Vertriebenen haben damals erklärt:

„Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat.“

Wir können uns auch keinesfalls damit einverstanden erklären, daß die deutschen Namen aus den

Oder-Neiße-Gebieten getilgt werden sollen, wie es die Empfehlungen nach unserer Auslegung vorsehen. An dieser Stelle werden die Empfehlungen ausgesprochen unseriös, weil sie hier einem politischen Verlangen nachgeben, das schlicht nur chauvinistischem Denken entspringen kann. Wie kann man sich nur auf so etwas einlassen?

Ich finde: Wenn Herr Klose in deutscher Sprache von Gdansk sprach und Herr Brandt sogar die „Penetranz“ beklagt, die er in der fortdauernden Verwendung unserer Sprache für geographische Bezeichnungen aus den Oder-Neiße-Gebieten erblickt, so sind diese Herren auch in diesem Fall für uns nicht Vorbilder.

Wenn wir Sie heute bitten, die Schulbuchempfehlungen in Hamburg nicht anzuwenden, dann tun wir das nicht im Sinne primitiver Aufrechnung von Gewalt zu Gewalt, sondern weil wir glauben, daß nur Ehrlichkeit den Weg zur Versöhnung ebnen kann.

Denken Sie bitte auch an die Folgen, die entstehen könnten, wenn Böswillige auf ihre Weise bei jungen Menschen die Lücken auszufüllen suchten, die der Geschichtsunterricht auf der Basis dieser Empfehlungen hinterläßt.

Ich empfinde es als eine Zumutung, wenn Nachfahren der Vertriebenen an unseren Schulen nur unzulänglich erfahren sollen, weshalb sie das Land ihrer Väter verloren haben.

Und was soll — so frage ich zum Schluß — ein Geschichtslehrer eigentlich, Herr Senator Apel, mit Ihrer Interpretation anfangen, daß die Empfehlungen nur „singemäßig“ anzuwenden seien, wenn Sie nicht konkret sagen, was das heißen soll?

Meine Damen und Herren! Wahrheit und Friede gehören zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident de Chapeaurouge: Das Wort hat Herr Troitzsch.

Troitzsch FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Boysen, Sie haben zwar sehr ruhig gesprochen — was ich bei diesem Thema sehr begrüße —, aber Sie sind, glaube ich, mit dem Inhalt dessen, was Sie gesagt haben, den Empfehlungen nicht gerecht geworden. Sie können nicht erwarten, daß Empfehlungen, die insgesamt 16 Druckseiten umfassen, die ganze Wahrheit über die deutsch-polnischen Beziehungen des letzten Jahrtausends umfassen. Dies ist das eine.

Das zweite. Sie haben den größten Teil Ihrer Rede darauf verwandt, ganz allgemein über diese Empfehlungen zu sprechen und zu sagen, sie seien unvollständig und teilweise wahrheitswidrig. Sie haben dann drei Beispiele gebracht.

(Echternach CDU: Drei? Mindestens 20!)

Schon am Text der Empfehlungen kann man Ihnen nachweisen, daß Sie jedenfalls in diesen Fällen die Empfehlungen nicht richtig gelesen haben. Sie haben insbesondere gesagt, in den Empfehlungen komme nicht zum Ausdruck, daß die Flüchtlinge die

(Troitzsch FDP)

A deutschen Ostgebiete unter Opfern verlassen haben. Ich darf Sie bitten, die Seite 37 aufzuschlagen, wo Sie im zweiten Absatz lesen können:

„... wurden entweder evakuiert oder flüchteten unter großen Verlusten noch vor Kriegsende ...“

(Boysen CDU: „Noch vor Kriegsende“!
Genau das ist es!)

— Ja, damit ist aber deutlich gemacht, daß hier Opfer gebracht wurden.

(Boysen CDU: Und danach? Das ist doch die Unwahrheit!)

Es geht dann noch weiter. Im nächsten Satz finden Sie das Wort „zwangsumgesiedelt“, nicht nur „umgesiedelt“ oder „verschoben“, wie in der Überschrift angeführt, sondern „zwangsumgesiedelt“.

(Boysen CDU: Es geht um die Verluste!)

Ich glaube, daß dies der Sache in einem Abschnitt von 15 Zeilen durchaus gerecht wird.

(Prosch CDU: Na, das ist Ihr Verständnis!)

Das, was Sie dem Wort „Bevölkerungsverschiebungen“ in der Überschrift entgegenhalten, wird zumindest durch den folgenden Text wieder aufgehoben, wo stets von Flüchtlingen und Zwangsumgesiedelten die Rede ist.

(Boysen CDU: Vertreibung!)

Daß dies mit Gewalt verbunden ist, wird aus dem Wort „zwangsumgesiedelt“ sicherlich ebenso deutlich wie aus dem Wort „vertrieben“.

B

(Echternach CDU: Was ist mit dem Stalin-Ribbentrop-Pakt?)

Einen Satz weiter wird sogar sowohl im polnischen als auch im deutschen Text ausdrücklich festgestellt, daß wir in Deutschland das Wort „Heimatvertriebene“ dafür verwenden, wobei der polnische Text noch ausführlicher ist. Wenn ich es richtig zu übersetzen vermag, so heißt es: „Vertriebene aus ihren alten Vaterländern.“ Ich glaube, daß das der Sache gerecht wird.

(Boysen CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage)

— Herr Boysen, ich werde Ihre Frage nicht beantworten. Ich glaube, wir sollten dabei bleiben, dieses Thema möglichst emotionsfrei zu behandeln. Zwischenfragen würden nur zu Emotionen führen.

(Boysen CDU: Ich hätte auch eine emotionslose Frage gestellt!)

— Na ja, das mag sein.

Der nächste Punkt betrifft die geographischen Namen. Mit dem Text der Empfehlung zur Geographie wird keineswegs vorgeschrieben, daß in deutschen Schulbüchern nur der polnische Name von Ortschaften zu verwenden sei, bei anderen geographischen Bezeichnungen wird sogar ausdrücklich vorgesehen, daß der muttersprachliche Name zu verwenden sei.

(Boysen CDU: Zitieren Sie das genau!)

— Ich habe es genau gelesen.

(Boysen CDU: Ich auch!)

Für Ortsnamen, so heißt es, sollten polnische Namen oder sollte eine zweisprachige Version gewählt werden. Im deutschen und im polnischen Text der Empfehlungen selbst werden die jeweiligen muttersprachlichen Namen verwendet. Sie werden im deutschen Text der Empfehlungen an allen Stellen „Krakau“ und nicht „Krakow“ finden, obwohl dieses eine seit sehr viel längerer Zeit polnische Stadt ist als beispielsweise Breslau. Es findet sich auch das Wort „Breslau“ und nicht „Wroclaw“ und so weiter.

Umgekehrt ist dieses im polnischen Text. Darin finden Sie die deutschen Namen auch in der flektierten Form, das heißt an die polnische Sprache angepaßt. Ich glaube, daß man denjenigen, die diese Empfehlungen ausgearbeitet haben, dieses alles, was Sie hier vorgebracht haben, nicht vorhalten kann.

Eine Bemerkung noch zur Rolle der Sowjetunion hinsichtlich der deutsch-polnischen Beziehungen. Ich glaube, daß man sich darauf beschränken kann, mit den Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen die deutsch-polnischen Beziehungen zu beschreiben. Es wird nicht gelingen, jedenfalls nicht in einem so kurzen Text, dieses alles in den vollständigen internationalen Kontext einzuordnen. Dafür ist das alles sehr viel komplizierter, als daß man es in diesen Empfehlungen verarbeiten könnte. Dieses alles bedeutet im übrigen nicht, meine Damen und Herren, daß nicht die volle Komplexität der Entwicklung, insbesondere seit Beginn des zweiten Weltkriegs, im hamburgischen Schulunterricht besprochen werden könnte.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident de Chapeaurouge: Das Wort hat Herr Hammerschmidt.

Hammerschmidt SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich einige Vorbemerkungen dergestalt machen, daß ich eingehe auf den Text der Schriftlichen Kleinen Anfrage Drucksache 2554, auf den sich dieser Antrag bezieht. Ich gehe davon aus, daß nicht mehr jeder den Text der Anfrage vor sich hat. Er bezieht sich auf das Deutsch-Polnische Kulturabkommen vom Juni 1976, in dem unter anderem die Forderung enthalten ist, in den Schulen eine umfassende Kenntnis und ein besseres gegenseitiges Verständnis zu fördern und dabei die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission zu berücksichtigen. Der Senat hat in seiner Antwort auf diese Kleine Anfrage gesagt, daß die Empfehlungen den Schulen bereits im Jahre 1974 mitgeteilt worden seien, im übrigen bestehe die Anweisung, Lernbücher nur zuzulassen, „wenn sie“ — darauf bitte ich jetzt zu achten — „dem Geist des Deutsch-Polnischen Kulturabkommens entsprechen und die Empfehlungen berücksichtigen“. Sie ersuchen den Senat mit Ihrem Antrag, daß genau dieses — entsprechend dem Geist des Kulturabkommens und der Schulbuchempfehlungen — an keiner Stelle im Hamburger Schulunterricht wirksam werden soll.

Meine Damen und Herren! Ich halte das für ungeheuerlich und für unglaublich, was hier steht. Für ungeheuerlich halte ich es deshalb, weil in dem Text

C

D

(Hammerschmidt SPD)

A eine kolossale Unterstellung gegenüber den Wissenschaftlern enthalten ist, die jahrelang mühsam in der Schulbuchkommission gearbeitet haben. Am Anfang Ihres Antrags schreiben Sie, es ginge um „historische Wahrheit“, „Verfälschung historischer Tatbestände“ usw., und dann kommt: „Die Bürgerschaft möge deshalb . . .“ Darin liegt doch die Unterstellung, daß diese Wissenschaftler quasi absichtlich die Wahrheit verfälscht hätten. Die Arbeit, die sie dort geleistet haben, wird von Ihnen mit einem Vorwurf belastet, der einfach ungeheuerlich ist. Und unglaublich ist dieser Antrag, weil Sie offensichtlich davon ausgehen, daß Sie die Wahrheit gepachtet oder im Besitz haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Herr Kelber, Sie haben hier am 29. Juni, als über den Geschichtsunterricht in Hamburg debattiert wurde, an einer Stelle gesagt, Sie wollten sich den Glauben an die geschichtliche Wahrheit nicht nehmen lassen. Das will auch niemand. Aber Glaube an die geschichtliche Wahrheit und Besitz geschichtlicher Wahrheit ist doch ein ganz großer Unterschied. Und Herr Boysen ist leider den Beweis schuldig geblieben, daß er diese Wahrheit hat. Darauf habe ich gewartet.

Lassen Sie mich noch ein Drittes sagen, ganz aktuell. Ich finde diesen Antrag traurig; traurig deshalb, weil gerade in diesen Tagen ein deutscher Bundeskanzler in Polen ist und dort versucht, die Friedenspolitik in mühsamer Arbeit fortzusetzen. Und dann kommt hier so etwas dazwischen.

B (Sehr richtig! bei der SPD und Beifall bei den Regierungsparteien)

Zu den Auslassungen, die Sie hier gemacht haben, Herr Boysen — und dazu paßt eigentlich auch das, was gestern hier die Drei-Stunden-Debatte zum Thema Extremisten gebracht hat —, fiel mir ein Wort von Lichtenberg ein, der ja in seinen Aphorismen manche Tatbestände messerscharf dargestellt und kritisiert hat, indem er nämlich sagte: „Nicht die Lügen, sondern die sehr feinen falschen Bemerkungen sind es, die der Läuterung der Wahrheit entgegenstehen.“

(Kelber CDU: Genau — Ehlers CDU: Sehr richtig!)

Lassen Sie mich darauf eingehen. Sie haben über das, was Sie für historische Wahrheit halten, hier nichts gesagt. Wir wollen jetzt über diesen Begriff hier auch nicht philosophieren. Sie haben ein paar Beispiele gebracht. Herr Troitzsch ist darauf eingegangen. Ich werde das auch tun.

(Ehlers CDU: Die vorbereitete Rede ist schlecht! Sie antworten gar nicht auf das, was Herr Boysen gesagt hat!)

— Melden Sie sich doch zu Wort. Wir können doch hier der Reihe nach darüber reden.

Sie haben im Grunde nicht klargemacht, an welchen Definitionen, an welchen Faktoren Sie denn feststellen, was historische Wahrheit ist. Sie haben hingewiesen auf die Debatte, die im Schleswig-Holsteinischen Landtag gelaufen ist. Lassen auch Sie mich darauf hinweisen. Der Abgeordnete Meyer vom

Südschleswigschen Wählerverbund hat dort gesagt, daß auch die deutsch-dänische Schulbuchkommission ganz bestimmt nicht die historische Wahrheit gefunden habe. Und dazu — soweit ich mich erinnere — gibt es keinerlei Anfrage der CDU im Schleswig-Holsteinischen Landtag.

(Boysen CDU: Und Ihre Fraktion? Unternehmen Sie doch einmal etwas!)

— Dem stimme ich vollkommen zu und unsere Fraktion auch, daß auch diese Schulbuchkommission sicherlich nicht die historische Wahrheit gefunden hat. Herr Boysen, wenn Sie sich ein bißchen näher damit beschäftigen, dann werden Sie wissen, daß historische Wahrheit allenfalls annäherungsmäßig erreichbar ist. Nennen Sie mir einen Historiker, der von sich behauptet hat, er habe die historische Wahrheit. Nennen Sie mir einen; Sie werden keinen finden.

(Boysen CDU: Nennen Sie mir einen Historiker, der sagt, auch ein Kompromiß kann eine Wahrheit beinhalten!)

— Auf den Kompromiß werde ich noch eingehen.

Es scheint mir vielmehr hier darum zu gehen, daß Sie versuchen, der Wahrheit ein neues Kleid zu schneidern, und zwar nach der Mode der national-nostalgischen Welle, auf der wir ja so ein bißchen schwimmen. Und Lichtenberg, den ich eben zitierte, hätte als Astronom vielleicht dieses kommentiert — wir kennen diese Debatte ja von Bayern bis Schleswig-Holstein —, daß, nachdem ein Nordlicht und das Kreuz des Südens gemeinsam auf erzreaktionärer Bahn wandeln, nun auch eine Hamburger Sternschnuppe dem folgt. Und ich fürchte — Frau Stadler-Euler sprach gestern einmal an Sie gerichtet von „Marschieren“ —, wenn ich so an den Tagesordnungspunkt 50 denke, daß dieses Bild gar nicht falsch ist. Ich fürchte, daß dieser Marsch von rechts außen nach Osten geht und daß wir drauf und dran sind, in die Zeiten des kalten Krieges zurückzufallen.

(Ehlers CDU: Sie sind ja nicht ganz bei Trost!)

Und das möchte ich und das möchten wir gern verhindern.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich auf das eingehen, was Sie gesagt haben. Sie haben davon gesprochen, daß Sie den Weg der Versöhnung mitgehen wollten, aber daß Auslassungen, Halbwahrheiten, Ungenauigkeiten, Einseitigkeiten und Desinformation nicht vorkommen dürften. Sehr richtig, das darf nicht vorkommen. Nur, das ist hier auch gar nicht drin.

Lassen Sie mich einmal vorlesen, welchen Zweck diese Empfehlungen für Schulbücher der Geschichte und Geographie in der Bundesrepublik Deutschland und in der Volksrepublik Polen haben sollen. Vielleicht darf ich — mit Genehmigung des Präsidenten — einmal aus der Einführung zitieren, die ja absichtlich vorangestellt ist, um die Absichten dieser Kommission zu verdeutlichen. Dort heißt es:

„Die hier vorgelegten, bewußt knapp und thesenartig gehaltenen Empfehlungen zur Geschichte bieten zum erstenmal eine von deutschen und polni-

(Hammerschmidt SPD)

- A schen Historikern gemeinsam erarbeitete und verantwortete Interpretation der deutsch-polnischen Beziehungen in ihrem Ablauf von den Anfängen bis in unsere Tage. Beide Seiten verbinden damit die Hoffnung, daß eine solche Skizzierung des fachwissenschaftlichen Diskussionsstands von heute zur Orientierung von Schulbuchautoren und Geschichtslehrern in beiden Ländern dienlich sein wird.“

Zur Orientierung von Autoren und Lehrern! Und es heißt ein wenig später noch einmal ausdrücklich:

„Jeder Schulbuchautor und jeder Lehrer, der die Empfehlungen zur Hand nimmt, wird wesentlich mehr an Fakten und Ereignissen behandeln oder zumindest kennen müssen.“

Herr Boysen, Ihr grundsätzlicher Fehler ist offenbar der, daß Sie diese Empfehlungen für ein Schulbuch gehalten haben.

(Boysen CDU: Nein!)

Nach diesen Empfehlungen soll nicht Geschichtsunterricht gemacht werden, diese Empfehlungen sollen Orientierungshilfe für den Geschichtsunterricht sein.

(Boysen CDU: Das ist schlimm genug!)

Das ist Ihr fundamentales Mißverständnis.

Lassen Sie mich jetzt auf die Beispiele eingehen und vielleicht noch einige hinzufügen. Ich bin gern bereit, die deutsch-polnische Geschichte über 1000 Jahre hier zu verfolgen.

- B Sie haben das Beispiel, die Rolle der UdSSR sei nicht genannt, gebracht. Auch dieses Argument kennen wir quer durch die Landtage, Herr Boysen. Ich darf Ihnen dazu sagen: Es war dies eine deutsch-polnische Kommission. Ich kann natürlich, wenn die Beziehungen zweier Staaten aus ihrem Blickwinkel dargestellt werden sollen — darum geht es: um die Interpretation aus dem Blickwinkel dieser beiden Staaten —, nicht die Beziehungen, die Einflüsse anderer Staaten dort mitbehandeln,

(Ehlers CDU: Das ist ja nur logisch!)

es sei denn, daß diese beteiligt sind.

(Boysen CDU: Es sei denn! Ja!)

— Lassen Sie mich doch einmal ausreden. Und vergessen Sie dann doch nicht: Zum Potsdamer Abkommen und zu den Grenzfragen gehört doch nicht nur die Sowjetunion, dazu gehören die USA und das Vereinigte Königreich.

(Ehlers CDU: Richtig!)

Dann müßten wir eine Kommission einsetzen, die alle Vertreter dieser Länder beinhaltet.

(Ehlers CDU: Es geht hier um den Hitler-Stalin-Pakt!)

Nur, darum geht es doch gar nicht. Es geht hier um die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen und nicht um das Potsdamer Abkommen.

Sie haben zum zweiten gesagt, die polnisch-sowjetische Grenze sei das Werk Hitlers, genauso sei es. Das ist also nicht ganz richtig.

(Ehlers nach CDU: Stalins! — Boysen CDU: Stalin!)

— Stalins und Hitlers. Nein, das ist in dieser Form natürlich auch nicht richtig. Wenn Sie einmal in einen Atlas schauen, dann werden Sie feststellen, daß die jetzige Grenzlinie fast genau mit der berühmten Curzon-Linie übereinstimmt. Diese Curzon-Linie kennen Sie vielleicht aus dem ersten Weltkrieg, sie hat da eine große Rolle gespielt. Die Trennungslinie Hitler-Stalin lag wo ganz anders. Schauen Sie sich das bitte einmal an.

Sie sprachen dann von der Vertreibung. Es geht Ihnen dabei offensichtlich um dieses eine Wort. Herr Troitzsch hat bereits darauf hingewiesen, daß unter der Überschrift „Bevölkerungsverschiebungen“ im Abschnitt 22 ja auch eine ganze Reihe von anderen Begriffen verwendet werden. Ich darf Ihnen dies noch einmal in Erinnerung rufen und zitieren. Dort heißt es, daß die Deutschen entweder evakuiert wurden oder unter großen Verlusten flüchteten.

(Boysen CDU: Nein, eben nicht! — Ehlers CDU: Noch vor Kriegsende!)

Dann heißt es, sie wurden „bis 1947 ausgewiesen beziehungsweise im Rahmen des interalliierten Transferabkommens zwangsumgesiedelt“. Und später heißt es noch einmal „Flüchtlinge und Zwangsumgesiedelte“. Es ist mir einfach nicht verständlich, mit welcher Intention Sie nun offensichtlich auf diesem einzigen Begriff „Vertreibung“ bestehen. Ich schließe mich da der Meinung von Professor Rohde an, Mitglied dieser Schulbuchkommission, der gesagt hat — ich glaube, daß er recht hat —, daß der Begriff „Zwangsumsiedlung“ sehr viel schärfer ist und das Problem sehr viel schärfer faßt als der Begriff „Vertreibung“. Sie haben in der vorhin angeführten Debatte am 29. Juni ebenfalls darauf hingewiesen. Damals hatte Frau Rudolph bereits diese Frage angesprochen und auch Herr Kelber, der dann zu der Aussage kam: „Vertreibung bleibt Vertreibung.“ Das ist natürlich inhaltlich nichts anderes als „Persil bleibt Persil“. Inhaltlich haben Sie doch nichts zu einer Klärung der Begriffe beigetragen und schon gar nichts zu dem, dem diese Empfehlungen dienen sollen:

Sie haben dann das Zitat eines Augenzeugen vorgelesen. Daß dort schlimme Sachen geschehen sind, steht völlig außer Zweifel.

(Ehlers CDU: Warum wehren Sie sich denn dagegen, daß das gesagt wird?)

Nur, wir sprechen hier über die deutsch-polnischen Beziehungen. Ich hatte es an sich nicht vor, möchte aber jetzt doch einmal vorlesen, was in diesen Schulbuchempfehlungen ebenfalls nicht enthalten ist. Ich zitiere einmal aus „Mein Kampf“, in dem es heißt:

„Die von so vielen geforderte Polenpolitik im Sinne einer Germanisation des Ostens fußte leider fast immer auf dem gleichen Trugschluß. Auch hier glaubte man, eine Germanisation des polnischen Elements durch eine rein sprachliche Eindeutschung desselben herbeiführen zu können. Auch hier wäre das Ergebnis ein unseliges geworden: ein fremdrassiges Volk; in deutscher Sprache seine

(Hammerschmidt SPD)

A fremden Gedanken ausdrückend, die Höhe und Würde unseres eigenen Volkstums durch seine eigene Minderwertigkeit kompromittierend.“

(Echternach CDU: Was soll die Geschmacklosigkeit, dieses hier zu zitieren? —

Boysen CDU: Was soll das denn?)

— Die Geschmacklosigkeit ist nur die Antwort darauf, daß auch solche Geschmacklosigkeiten in dieser Schulbuchempfehlung fehlen, Geschmacklosigkeiten, die zu unseren Lasten gehen. Denn Sie erheben doch offensichtlich den Vorwurf der Einseitigkeit. Darum geht es.

(Beifall bei den Regierungsparteien — Echternach CDU: Überlegen Sie sich die Mittel, die Sie hier gebrauchen! Das ist peinlich!)

Sie erheben den Vorwurf der Einseitigkeit. Sie werden mich nicht davon abbringen, noch einen Absatz zu zitieren. Das ist nämlich unsere Vergangenheit, Herr Echternach, die wir zu akzeptieren haben, ob sie uns gefällt oder nicht.

(Ehlers CDU: Ja, sicher, das tun wir ja auch!)

Die müssen wir nämlich akzeptieren.

(Schümann SPD: Sehr gut! — Beifall bei der SPD)

Da heißt es nämlich ein wenig später in bezug auf „Rußland und die ihm untertanen Randstaaten“:

(Echternach CDU: Hitler als Beweis!)

B

„Denn die Organisation eines russischen Staatsgebildes war nicht das Ergebnis der staatspolitischen Fähigkeiten des Slawentums in Rußland, sondern vielmehr nur ein wundervolles Beispiel für die staatenbildende Wirksamkeit des germanischen Elements in einer minderwertigen Rasse.“

Und so weiter. Ich will es mir ersparen, noch weiter zu zitieren.

(Prosch CDU: Uns vor allem, Herr Hammerschmidt!)

— Sehen Sie, das ist genau der Punkt: Sobald es um das Bekenntnis zur eigenen Geschichte geht, möchte man sich das gern ersparen.

(Schümann SPD: Sehr richtig! — Beifall bei der SPD)

Sobald es darum geht, daß wir nicht auf einen anderen zeigen können — und zwar nach Osten zeigen können; denn Sie zeigen ja nur in eine Richtung —,

(Prosch CDU: Regen Sie sich doch ab!)

in dem Augenblick ist Ihnen das peinlich, in dem Augenblick bezeichnen Sie das als geschmacklos. Genauso ist es.

(Beifall bei der SPD — Prosch CDU: Hören Sie doch auf, Herr Hammerschmidt!)

Lassen Sie mich zu diesem Begriff noch eines sagen.

(Prosch CDU: Nein, lieber nicht!)

— Doch.

(Prosch CDU: Das ist doch penetrant!)

C

In den Schulbuchempfehlungen geht man von diesem Begriff aus, und man hat sich sehr eng an das Potsdamer Abkommen gehalten. Man hat ihn nämlich nicht wortwörtlich übersetzt. Es hieß: „Orderly transfers of German populations.“ Und diesen Begriff aus dem Potsdamer Abkommen hat man mit „Transfer“ übernommen.

Sie finden — das finde ich erstaunlich — seit dem Jahre 1950 in der Literatur diesen Begriff immer nur als „Überführung“. Das trifft auf wissenschaftliche Literatur sowie auf Schulbücher zu. Es hat Sie offenbar nie gestört, daß man dort „Überführung“ und nicht „Vertreibung“ sagt. Jetzt auf einmal stört es Sie.

Ich darf noch eines dazu sagen. Herr Echternach, nehmen Sie es bitte nicht persönlich. Es ist nur ein Beispiel, das, glaube ich, zeigt, daß die Schulbuchkommission recht hat. Ich habe einmal in den Biographien im Handbuch der Hamburgischen Bürgerschaft geblättert. Darin steht bei Ihnen — und ja wohl von Ihnen formuliert —: „1946 aus Pommern ausgewiesen.“ Das ist genau der Begriff, der auch in den Schulbuchempfehlungen verwendet worden ist. Sehen Sie. Und so schwierig wird es dann auf einmal, wenn man sich vorher so engagiert und emotionalisiert für einen Begriff einsetzt, wenn man dann auf einmal erappt wird, daß man selbst eigentlich ganz vernünftig geschrieben hat.

Ich meine, daß mit dem Begriff „Ausweisung“ sehr wohl auch das damit an Leid und Not Verbundene ausgedrückt wird,

D

(Schümann SPD: Sehr richtig!)

vor allen Dingen mit den Begriffen „Zwangsausweisung“ und „Zwangsumsiedlung“, die ja vorkommen. Das menschliche Problem ist damit in keiner Weise ausgeklammert. Allerdings: Diese Sprache ist nüchtern. Sie wissen auch, daß der Warschauer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen“ davon gesprochen hat, daß hier die Sprache die Nüchternheit eines Wetterberichts habe. Mir scheint, daß diese Nüchternheit der Sprache uns durchaus hilfreich ist auf dem Wege gegen Emotionen, gegen Vorurteile. Diese Nüchternheit gibt es auch umgekehrt. Ich habe einmal ein bißchen geblättert. Dieses Thema ist zum Beispiel auch in Nordrhein-Westfalen erörtert worden. Da hat der Abgeordnete Katzy von der CDU am 12. Oktober dieses Jahres, also vor sechs Wochen, sehr nüchtern festgestellt: „Schwere Unrechtshandlungen der Deutschen gegen viele Angehörige des polnischen Volkes.“ Sehr nüchtern! Was er mit „schweren Unrechtshandlungen“ meint, ist Ermordung. Was er meint mit „vielen Angehörigen des polnischen Volkes“, sind rund viereinhalb Millionen Polen, Männer, Frauen, Kinder. So nüchtern kann man das ausdrücken, und das stört Sie hier nicht; offensichtlich, weil es wieder gegen die andere Seite geht.

Und vergessen Sie eines nicht: Sie vermissen so viel in diesen Schulbuchempfehlungen. Ich habe eigentlich etwas ganz anderes vermißt. Mich wundert — oder mich wundert es eigentlich nicht, Herr Boysen und die Fraktion der CDU, daß es Ihnen nicht aufge-

(Hammerschmidt SPD)

A fallen ist. Es fehlt hierin der Name Auschwitz. Es fehlt in diesen Schulbuchempfehlungen auch der Name Belzec, es fehlt der Name Sobibor, es fehlt der Name Chelmno, es fehlt der Name Treblinka, es fehlt der Name Majdanek. Ich glaube, ich brauche zu diesen Namen keine Erläuterungen zu geben. Diese fehlen hier. Das scheint mir Beweis dafür, daß auch auf der anderen Seite durchaus verzichtet worden ist im Sinne einer Entemotionalisierung, nicht im Sinne eines Kompromisses, wobei wir Deutschen ja leicht immer in Klammern dazusetzen: eines faulen Kompromisses. Es geht hier wirklich um Entemotionalisierung, um ein gespanntes Verhältnis, seit mindestens 200 Jahren gespanntes Verhältnis, nämlich seit den Teilungen Polens, an denen wir ja nicht ganz unbeteiligt waren, wie Sie wissen — auch in der Bismarck-Ära war das Verhältnis zu Polen ja nicht das allerbeste —, ein gespanntes Verhältnis langsam und Schritt für Schritt zu entspannen. Und dazu, meine ich, kann uns die Nüchternheit und Sachlichkeit der Sprache durchaus von Nutzen sein.

Was ich ebenfalls vermißt habe, ist, Herr Boysen, daß Sie auch nur mit einem Wort einmal den humanen Ansatz, die humanen Beweggründe dieser Kommission und ihrer Mitglieder zu würdigen versucht hätten.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Das haben Sie mit keinem Worte getan. Ich finde das bedauerlich, und zwar besonders deshalb, weil ich meine, daß es erste Zeichen der Frucht dieser Empfehlungen auf polnischer Seite ja durchaus gibt. In polnischen Büchern über Berlin war früher Berlin dargestellt als das Zentrum feindlicher Tätigkeit westdeutscher Imperialisten und Revisionisten. Sie finden in demselben Buch in den neuesten Auflagen zu Berlin den Hinweis, es sei eine besondere politische Einheit. Genau das ist es, was erreicht werden sollte, auch auf polnischer Seite: Weg von den Ressentiments, weg von den Emotionen.

B

(Ehlers CDU: Das ist die Drei-Staaten-Theorie!)

— Das hat doch mit Drei-Staaten-Theorie überhaupt nichts zu tun. Wollen Sie denn etwa in Abrede stellen, daß Berlin eine besondere politische Einheit ist, ein Land, in dem das Grundgesetz, wie Sie wissen, ja nicht gültig ist?

(Echternach CDU: Berlin ist ein Teil der Bundesrepublik!)

— Ja, und die Abgeordneten im Bundestag sind nicht stimmberechtigt. Nun wollen wir doch hier nicht eine Debatte vom Zaune brechen, bei der Sie wissen, daß Sie auf verlorenem Posten stehen.

(Zuruf von Kelber CDU)

— Lassen Sie mich lieber dabei bleiben, welche weiteren erfreulichen Zeichen es gibt, Herr Kelber. Und davon werden Sie mich nicht abbringen, daß es erfreuliche Zeichen gibt. Wenn heute in den polnischen Oberschulen 41 Prozent der Schüler Deutsch lernen, halte ich das ebenfalls für ein sehr gutes Zeichen und, wie ich glaube, auch einen Erfolg dieser Kommission. Ich darf hier einmal in Klammern anfügen, daß die Verhandlungen dieser deutsch-polnischen Kommis-

sion vom ersten bis zum letzten Tage in deutscher Sprache geführt worden sind. Auch insoweit das Entgegenkommen, wenn man so will. Es geht doch hier gar nicht um das Aufrechnen: Auf der Seite sprechen wir Polnisch, auf der Seite sprechen wir Deutsch. Man hat sich auf Deutsch geeinigt, und man hat in Deutsch verhandelt. Und da gibt es einige Beispiele mehr, die mich hoffen lassen. Ich will Ihnen auch sagen, daß diese Hoffnung natürlich auf die Jugend bezogen ist, weil die Zukunft der Jugend beider Staaten das ist, was wir anstreben müssen: daß das Verhältnis besser wird. Es geht doch hier nicht nur um die Bewältigung der Vergangenheit — und dabei wird die Schulbuchkommission mit ihren Empfehlungen uns sicherlich Hilfe geben können —, es geht doch eigentlich viel mehr um die Zukunftsbewältigung dieser Jugend, die jetzt nachwächst. Und da sollten wir eines lernen, wie Professor Kcentewicz es gesagt hat: Ziel muß sein die „Heilung aller Wunden“, die „Überwindung negativer Stereotypen“. Und das wiederum „fordert Bemühungen und Verzichte“. Diese Bemühungen und diese Verzichte in Einzelheiten hat es auf beiden Seiten gegeben. Mir scheint das ein guter Weg zu sein, daß wir von der Belastung der letzten 200 Jahre langsam wegkommen und ein anderes Ziel anstreben können, daß wir endlich herauskommen aus dem Teufelskreis der gegenseitigen Beschuldigungen, daß wir endlich herauskommen aus dem Teufelskreis der rein nationalen, um nicht zu sagen nationalistischen Betrachtung unserer Geschichte. Ich finde es richtig, daß wir dabei vermeiden haben, etwa so einen Begriff — und wenn es nur gedanklich wäre — wie Kollektivschuld einzufügen — der findet sich ja hier auch nicht —, wobei ich meine, es stünde uns nach wie vor gut an, ein bißchen von dem zu zeigen, was unser erster Bundespräsident Heuss einmal „Kollektivscham“ nannte. Ich muß sagen: Gerade im Verhältnis zu Polen empfinde ich diese, obwohl ich in meinem Jahrgang Schuld sicherlich nicht empfinden kann. Ich meine, uns stünde da einiges gut zu Gesicht. Und ich sehe hier die Bereitschaft zu einem Neuanfang, zu Verständigung, zu Versöhnung, zu Frieden und damit natürlich auch zu einer konsequenten Friedenspolitik. Nicht zuletzt wohl aus diesen Gründen hat der jetzige Bundespräsident Scheel diese Schulbuchempfehlungen ja außerordentlich befürwortet.

C

D

Ich kann an dieser Stelle dem Senat nur dafür Dank sagen, daß er sich dafür eingesetzt hat, daß diese Schulbuchempfehlungen so schnell umgesetzt worden sind, daß er sich auch dafür eingesetzt hat, daß im Geiste des Deutsch-Polnischen Kulturabkommens Geschichtsunterricht in Hamburg ablaufen soll, ferner, daß er versichert hat, daß reaktionäres Gedankengut, wie Sie es hier im Juni und auch jetzt wieder eröffnet haben, an Hamburger Schulen nicht stattfinden wird.

(Echternach CDU: Was verstehen Sie darunter? Können Sie das konkretisieren?)

— Ja, genau das, was Sie uns hier eben vorgetragen haben.

(Echternach CDU: Das ist ja hochinteressant!)

(Hammerschmidt SPD)

A Ja gut, nennen wir noch ein Beispiel, wo Sie effektiv falsch geurteilt haben. Ich will Ihnen da gern entgegenkommen. — Sie haben da etwas über das Ergebnis des zweiten Weltkriegs gesagt. Das Ergebnis des zweiten Weltkriegs ist im Potsdamer Abkommen festgelegt. Dort steht dann so einiges über spätere Regelungen drin. Aber Sie werden natürlich, wenn Sie einmal ein bißchen blättern, wissen, daß bereits unmittelbar nach Ende der Potsdamer Verhandlungen die Westmächte erklärtermaßen — wie auch die Sowjetunion stillschweigend — davon ausgegangen sind, daß dies nunmehr kein Provisorium ist, das irgendwann einmal zur Debatte steht, sondern daß dies so ist und so bleibt. Das hat im August 1946 der damalige US-Präsident Truman in einer Rundfunkrede erklärt, und das hat auf der Außenministerkonferenz im Juli 1946 der damalige französische Außenminister Bidault gesagt,

(Ehlers CDU: Er hatte ja gar nichts zu sagen!)

wobei ich hinzufügen muß: Frankreich war an Potsdam nicht beteiligt. Aber der französische Außenminister hatte das zu sagen, denn Frankreich gehörte, wie Sie wissen — oder offensichtlich nicht wissen — zu den Besatzungsmächten.

(Ehlers CDU: Er hatte etwas zu erzählen! Er hatte gar nichts zu sagen!)

— Doch, er hatte etwas zu sagen.

(Boysen CDU meldet sich zu einer Zwischenfrage)

B **Vizepräsident de Chapeaurouge** (unterbrechend): Herr Hammerschmidt, gestatten Sie Herrn Boysen eine Zwischenfrage?

Hammerschmidt (fortfahrend): Lassen Sie mich diesen Punkt eben zu Ende führen, Herr Boysen; dann dürfen Sie gern fragen.

Der französische Außenminister Bidault hat gesagt, man habe daran nicht mitgewirkt, aber man habe auch nicht widersprochen und werde dem auch nicht widersprechen. Das sind die Fakten.

Und Sie haben dann noch etwas zu den Namen vorgetragen, Herr Boysen. Da haben Sie schlicht etwas Falsches gesagt. Ich will jetzt also nicht, nachdem Sie so viel von Wahrheit gesprochen haben, Ihnen unterstellen,

(Boysen CDU: Machen Sie mal!)

Sie hätten die Unwahrheit gesagt. Sie haben schlicht etwas Falsches gesagt. Wenn ich das noch einmal zitieren darf:

(Boysen CDU: Aber das ganze Ding bitte!)

„Für die Verwendung geographischer Namen werden folgende Grundsätze empfohlen: In Karten und Darstellungen für den Schulgebrauch sollen Autoren und Verleger die offiziell im jeweils anderen Land verwendeten Ortsnamen berücksichtigen. Aus didaktischen Gründen kann eine zweisprachige Bezeichnung erforderlich sein.“

(Boysen CDU: Kann erforderlich sein!)

Und, und, und. Hier steht zunächst einmal etwas von „sollen“, dann steht da etwas von „berücksichtigen“, und dann steht da, daß es zweisprachig sein könne.

(Boysen CDU: Akzeptieren Sie das?)

— Es ist doch gar nicht die Frage, ob wir das akzeptieren. Schauen Sie sich doch bitte einmal eine Landkarte an, die in Schweden gedruckt worden ist; oder schauen Sie sich einmal — was noch einfacher ist — die Deutschland- und Europakarten eines bekannten Schweizer kartographischen Verlages an, der in diesem Jahr sein 125jähriges Jubiläum hat, was da steht. Und dann schauen Sie sich bitte auch einmal die Grenzziehung an. Bundespräsident Heinemann hat erklärt, man solle sich auch einmal in die Situation des Gegners versetzen. Versuchen Sie doch einmal, sich in die Situation des Partners — dieses Wort finde ich besser — zu versetzen.

Auf deutschen Landkarten gibt es mitten durch Polen noch immer gestrichelte Linien. Ich weiß nicht, wie uns zumute wäre, wenn etwa in Dänemark Deutschlandkarten noch immer eine gestrichelte Linie entlang der Elbe hätten mit Altona als dänischem Hafen.

(Kelber CDU: Das ist doch kein Vergleich!)

Ich weiß nicht, wie uns zumute wäre, wenn Dänemark dann auch noch 120 Millionen Einwohner hätte, nämlich doppelt so groß wäre wie Deutschland. Das muß man ganz einfach einmal sehen. Wenn Sie das nicht sehen oder nicht sehen wollen, muß ich befürchten, daß das bedeutet, daß Sie mit diesem Antrag im Grunde genommen nur eine Fortsetzung Ihrer Anti-Ostpolitik betreiben wollen, und zwar mit anderen Mitteln und,

(Beifall bei der SPD — Ehlers CDU: Das hat der Bundeskanzler vor drei Tagen ganz anders verkündet!)

wie ich dazusagen muß: mit untauglichen Mitteln.

Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen. Ich bin sicher, daß wir dabei den allergrößten Teil der deutschen Bevölkerung hinter uns haben.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident de Chapeaurouge: Das Wort hat Herr Senator Apel.

Senator Apel: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich weiß, daß es nicht üblich ist — ich will mich auch im allgemeinen daran halten —, daß der Senat zu Anträgen aus der Mitte des Parlaments Stellung nimmt. Aber erstens ist eine konkrete Frage an mich gestellt worden, und zweitens meine ich, daß in einer solchen Frage der Senat Position beziehen muß. Was hier vor sich gegangen ist, ist mit trefflichen Worten zum Teil schon behandelt worden. Ich will diesen Teil nicht wiederholen. Es ist ein so bemerkenswerter Vorgang, auf den ich auch von Senatsseite hinweisen möchte.

Was bis jetzt nicht dargelegt worden ist — dies sei mein Einstieg —, ist die Konsequenz, die sich aus dem Deutsch-Polnischen Kulturabkommen vom

(Senator Apel)

- A 11. Juni 1976 als einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag ergibt. Lassen Sie mich zunächst in Stichworten die Ziele, die ich dem Vertragstext des Deutsch-Polnischen Kulturabkommens entnehme, nennen: Verständnis, Achtung, Zusammenarbeit, friedliches Zusammenleben, freundschaftliche Beziehungen — das sind die Substantive dieses Vertrags. Im Artikel 4 wird dann das Thema „Schulbücher“ expressis verbis angesprochen. Darin geht es um ein — ich zitiere — „besseres gegenseitiges Verständnis“. Und dann wird es konkret, indem es heißt: „Die Vertragspartner ... werden darauf hinwirken, daß dabei die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission berücksichtigt werden.“ Ich betone: Die Vertragspartner werden darauf hinwirken.

Dies hat in der Ministerpräsidentenkonferenz mit dem Bundeskanzler zu einer Klärung geführt, in der es heißt, daß im Artikel 4 die Begriffe „hinwirken“ und „berücksichtigen“ vorhanden sind und daß die Länder — jetzt folgt ein Zitat — „danach frei seien, inwieweit“ — ich wiederhole: inwieweit — „sie die Empfehlungen der gemeinsamen Schulbuchkommission übernehmen“. Es wird also davon gesprochen, inwieweit sie frei seien, in welchem Ausmaß, nicht, ob überhaupt. *Pacta sunt servanda*.

Was die CDU mit ihrem Antrag erreichen will — ich komme noch auf den Wortlaut zurück —, ist nichts anderes, als die Landesregierung aufzufordern, gegen einen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag zu verstoßen. Das ist aber eine formale Argumentation. Sie ist wichtig genug. Aber die inhaltliche Argumentation wiegt viel schwerer. Die Schulbuchempfehlungen selbst — und derjenige ist nicht auf einem, sondern auf beiden Augen blind, der dies nicht sähe — atmen — auch da entnehme ich die Stichworte wieder dem Text — „den Geist der Friedenssicherung, der Verständigung, der Beseitigung von Vorurteilen“. Dies steht vorn drin.

Der angedeutete Weg. Herr Hammerschmidt hat es gesagt: Nicht als Lehrbuch, sondern zur Orientierung von Schulbuchautoren, von Geschichtslehrern soll es in beiden Ländern dienlich sein. Genau dieses Ziel will die CDU mit ihrem Antrag in einer Diktion, die man sich wirklich vor Augen führen muß, verdammten. Es geht dabei — ich komme dann noch auf den Wortlaut zu sprechen — um die Anweisung, die Empfehlung zu berücksichtigen. Das entspricht genau dem Wortlaut des Deutsch-Polnischen Kulturabkommens; es ist dasselbe Verb. Wir haben damals „Berücksichtigung“ geschrieben, die gleiche Vokabel, die ins Abkommen hineingekommen ist. Wir haben also nicht gesagt „zu übernehmen“, wir haben nicht gesagt: „verbindlich machen“. „Die Anweisungen, die Empfehlungen ... zu berücksichtigen“; diese sollten wir widerrufen, sagen Sie, und dafür sorgen, „daß die Empfehlungen an keiner Stelle im Hamburger Schulunterricht wirksam werden“. Dies ist für sich allein genommen, meine Damen und Herren, schon fast der Gipfel. Aber bei der CDU in Hamburg geht es noch höher. Es ist beachtlich, wie Sie mit Texten umgehen, zu welchen Wortverdrehungen Sie glauben greifen zu dürfen. In der Ausgangsdrucksache, auf die Sie sich beziehen, lautet das Zitat — hier muß ich nun sofort immer korri-

gierend eingreifen —:

„Die Lehrplanausschüsse“

— also nicht: Die Schulen —

„sind angewiesen worden, den Inhalt“

— also nicht: den Wortlaut —

„bei der Lehrplanarbeit“

— also nicht: im Unterricht —

„sinngemäß“

— also nicht: wörtlich —

„zu berücksichtigen.“

Der korrekte Text lautet:

„Die Lehrplanausschüsse sind angewiesen worden, den Inhalt bei der Lehrplanarbeit sinngemäß zu berücksichtigen.“

Das verschließt jeder Splitterrichterlei oder Wortkritik, wie Sie sie hier betreiben, Tür und Tor.

Eine sinngemäße Berücksichtigung folgt dem Geist, sie folgt der großen Linie dieses Abkommens oder dieser Empfehlung, und dafür treten wir mit allem Nachdruck ein. Dies ist es, und dabei bleibt es. Denn, meine Damen und Herren, wir sind für diesen Sinn der Empfehlungen, für die Aussöhnung, für die Verständigung und die Freundschaft mit Polen. Wir sind im übrigen dafür, daß völkerrechtlich bindende Verträge auch geachtet werden. Glücklicherweise nicht wir allein. Da gibt es in Niedersachsen einen Kollegen Remmers, Ihren Parteifreund, den ein eifernder Mensch mit einer Anfrage an einigen Vokabeln ähnlich festmachen wollte, wie Sie das jetzt versuchen. Der hat aus dem Abkommen nicht gefolgert, daß an keiner Stelle im Schulunterricht — wie die CDU Hamburg das tut — der Geist dieses Abkommens eingesetzt werden dürfe; er weist den Fragesteller zu recht, daß nicht nur der erste Absatz — das ist das Zitat, auf dem Sie immer herumreiten —, sondern der gesamte Text auch des zweiten Absatzes zu beachten sei. In ihm werde der angesprochene Vorgang unter anderem durch die Verben „flüchten“, „ausweisen“, „zwangsumsiedeln“ konkretisiert. Im einzelnen hat mein Kollege Hammerschmidt dies dargelegt. Ich beziehe mich darauf. Und Sie können auch bei Herrn Remmers nachlesen, was zu dem Begriff „Deutschland“ und „deutsche Teilung“ gesagt ist. Genau die Antwort kann ich mir in diesem Fall zu eigen machen.

„Die CDU“

— sagt Herr Katzy in Nordrhein-Westfalen, Ihr Parteifreund —

„lehnt deshalb die uneingeschränkte, kritiklose Übernahme der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen ab.“

Wie anders das klingt als das, was Herr Boysen gesagt hat! Mit Recht wurde im Nordrhein-Westfälischen Landtag gesagt, das sei immerhin eine Position, über die sich zu diskutieren lohne, eine Position, wo die Kommission weiterarbeiten kann an einzelnen Begriffen und Vokabeln. Was tut die CDU hier? Sie lehnt ab, alles, nicht einige Formulierungen.

C

D

(Senator Apel)

A Den Sinn, den Geist, die Verständigung lehnen Sie ab. Nein, meine Damen und Herren, daraus wird nichts. Wer behauptet, daß er für Verständigung, Versöhnung und Abbau von Vorurteilen sei, wer dann aber einen offensichtlich gangbaren guten Weg dahin ablehnt und zurückweist, wer die eigene Landesregierung auffordert, sie möge völkerrechtlich bindende Verträge nicht berücksichtigen, meine Damen und Herren, der ist innenpolitisch unglaubwürdig und außenpolitisch suspekt.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Ich will nicht mehr viele Worte machen. Dies ist keine angenehme Debatte. Aber sie ist notwendig. Sie haben vorhin gelacht und sind laut geworden. In einem Augenblick, in dem der Bundeskanzler ja nicht nur in Polen ist — das wäre ja schon genug —, in dem er dort die CDU in Schutz nimmt gegenüber Mißtrauen und gegenüber ungerechtfertigten Angriffen, geht gleichzeitig diese Hamburger CDU-Fraktion hin — ich will mich vorsichtig ausdrücken, weil ich nicht glauben mag, daß hier alle in Ihrer Fraktion gleicher Meinung sind —, ich will sagen: erlaubt die Hamburger CDU-Fraktion einigen Hitzköpfen, den Zwergenaufstand zu inszenieren. Meine Damen und Herren! Dafür gibt es nur zwei Reaktionen: Entweder Sie ziehen, um die Blamage in Grenzen zu halten, Ihren Antrag zurück, oder die Mehrheit des Hauses — darum würde ich bitten — möge dafür sorgen, daß Sie sich allein blamieren. Dieser Antrag ist es nicht wert, an einen Ausschuß überwiesen zu werden. Er muß ohne viel Federlesens abgelehnt werden.

B (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident de Chapeaurouge: Das Wort hat Herr Boysen.

(Helga Kutz-Bauer SPD: Na, Sie Zwerg!)

Boysen CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte es mir versagen, auf diese reichlich plumpe Erwidern des Schulsenators im einzelnen einzugehen und mich mit lohnenderen Dingen beschäftigen.

1. Ich stelle erst einmal fest, daß meines Wissens zum erstenmal ein Parlamentarier der Sozialdemokratischen Partei die sowjetische These von der „besonderen politischen Einheit West-Berlin“ unterstützt.

(Hartmann SPD: Er hat berichtet, wie die Polen das nennen!)

— Nein. Lesen Sie bitte nachher den Text im stenographischen Protokoll.

(Hartmann SPD: Nein, das brauche ich nicht! Das habe ich gehört!)

— Ich auch.

(Hartmann SPD: Er hat referiert, wie die Polen es nennen!)

— Das wird das stenographische Protokoll ergeben, und ich hoffe, daß wir den Originaltext bekommen, Herr Hartmann.

2. Meine Damen und Herren! Hier ist uns die Beschuldigung zuteil geworden, wir verträten reaktionäres Gedankengut.

(Unruhe und Beifall bei der SPD — Busse SPD: Da muß man bei Ihnen die Frage stellen! — Gegenruf von Ehlers CDU: Er hat sich dazu bekannt!)

Ich möchte an dieser Stelle fragen, wo und an welcher Stelle von mir oder von jemand anderem aus unserer Fraktion reaktionäres Gedankengut vertreten worden ist.

Meine Damen und Herren! Verletzend, bösartig, um nicht noch härtere Vokabeln zu verwenden, war es, uns zu unterstellen, als wollten wir einen Teil der deutschen Geschichte verstecken. Ich finde es skandalös, ungesichert einfach so etwas in diesem Saale hier zu behaupten.

(Hartmann SPD: Warum tun Sie es denn?)

Ich fordere Sie auf, diesen verletzenden, beleidigenden Satz in aller Form zurückzunehmen.

(Hartmann SPD: Mein Gott!)

Dazu sind Sie meines Erachtens verpflichtet.

(Beifall bei der CDU — Matena SPD: Das haben Sie sich doch selbst zuzuschreiben!)

— Sagen Sie bitte wodurch.

(Matena SPD: Durch Ihren Vortrag hier, Herr Boysen!)

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es hat in der Stimmung, die Sie hier erzeugt haben, wenig Sinn, Ihnen im einzelnen noch einmal Passagen aus den Vereinbarungen vorzutragen. Einen entscheidenden Punkt allerdings möchte ich nicht ausklammern. Es ist meine Behauptung — und den Gegenbeweis können Sie nicht antreten —, daß die Vertreibungsverluste in diesen Empfehlungen verschwiegen werden. Ich lese Ihnen den Satz jetzt noch einmal in aller Ruhe vor.

(Schümann SPD: Sie müssen das Ganze lesen, nicht nur einen Satz! Das ist doch nichts Neues!)

— Das ist nichts Neues? Es ist hier eben das Gegenteil behauptet worden. — Ich gebe Ihnen den Text noch einmal zum Nachdenken.

(Schümann SPD: Sie müssen den ganzen Text lesen und nicht nur einen Satz!)

„Etwa die Hälfte von ihnen,“ nämlich von der ausgetriebenen deutschen Bevölkerung, „außerdem die Mehrzahl der deutschen Bevölkerung Danzigs sowie die in Polen lebenden Deutschen wurden entweder evakuiert oder flüchteten unter großen Verlusten noch vor Kriegsende in die deutschen Gebiete westlich von Oder und Neiße.“

Es werden also die Vertreibungsverluste nach Kriegsende verschwiegen.

(Hartmann SPD: Auschwitz wird auch verschwiegen!)

An dieser Tatsache können Sie nicht rütteln.

C

D

(Boysen CDU)

A Meine Damen und Herren! Der Bundeskanzler ist angesprochen worden. Ich darf ausnahmsweise mit einem Wort des Bundeskanzlers schließen. Er sagte in einer Rede im Deutschen Bundestag vor etwas mehr als einem Jahr: „Wir wollen nichts verschweigen; wir brauchen ein vollständiges Geschichtsbild, und wir müssen aus diesem Geschichtsbild dann lernen.“ So ist es. Folgen Sie Ihrem eigenen Kanzler.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident de Chapeaurouge: Das Wort hat Herr Dr. Voscherau.

Dr. Voscherau SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es muß einer Legendenbildung vorgebeugt werden. Herr Hammerschmidt hat sich weder in seinem Namen noch im Namen der SPD-Fraktion zur Dreistaatentheorie oder zur „besonderen politischen Einheit“ in dem politischen Kampfsinne, in dem dies im Ostblock verwandt wird, bekannt; sondern für die SPD-Fraktion dieses Hauses steht es außer Zweifel, daß sich der Status von Berlin nach dem alliierten Vorbehalt und dem Viermächteabkommen richtet.

Wir bekennen uns also — es bedarf keiner Erwähnung, ich sage es trotzdem — selbstverständlich zu den besonderen Bindungen Berlins an die Bundesrepublik. Diese Legendenbildung sollten Sie also besser unterlassen. — Danke sehr.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

B **Vizepräsident de Chapeaurouge:** Das Wort hat Herr Weber.

Weber FDP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nach Ihrem Zwischenspiel, Herr Boysen, nach dem sachlichen Einstieg, der dann aber versandete, auf den Kern der Sache zurückkommen und drei Bemerkungen machen.

1. Sie haben zu Beginn die Frage nach der Wahrheit mit einem Bibelzitat gestellt, wie es für Ihre Partei ja auch gut und richtig ist. Ich frage in diesem Zusammenhang allerdings: Was ist Wahrheit? Ich meine, daß Sie an der Wahrheit vorbeigehen, wenn Sie nur die eine Seite sehen, die Vertreibung, und nicht das, was vorher war. Der Weg der Versöhnung — von dem Sie gesagt haben, daß auch die CDU-Fraktion und die CDU dieses Landes ihn gehen wollten; davon bin ich auch überzeugt — ist ein schwerer Weg, der zunächst an den Stationen des Leides des polnischen Volkes vorbeiführt. Danach kam erst die Vertreibung. Dieser Weg der Versöhnung, Herr Boysen, ist eben kein Weg, der beschritten wird mit der absoluten Wahrheit im Gepäck. Keine Seite hat die absolute Wahrheit im Besitz, vielmehr weiß jeder, der in den letzten Jahren oder schon seit vielen Jahren des öfteren in der Volksrepublik Polen war, wie schwierig es ist, diesen Weg zu gehen, wie behutsam man aufeinander zugehen muß, und daß dieser Weg hier und da auch mit Rückschlägen verbunden ist. Wenn wir aufeinander zugehen und voneinander lernen wollen, dann

kann das nicht in der von Ihnen praktizierten Form geschehen, indem Sie versuchen, Fragen zu Details des Abkommens aufzuwerfen und den Weg der Verständigung zu erschweren.

2. Die Schulbuchempfehlungen — das hat die gesamte polnische Presse gezeigt — sind ein wesentlicher Schritt — auch der Polen — aufeinander zu. Sie sind ein hilfreicher Schritt, um gemeinsam mit jungen Polen im polnischen Unterricht und bei uns dieses Stück Geschichte aufzuarbeiten. Sie sind ja nicht durch irgendein Dekret von oben entstanden, sondern in mühsamer gemeinsamer Arbeit, im gemeinsamen Dialog. Ich meine, daß damit eine Basis gegeben ist, ein Rahmen für den Unterricht für junge Deutsche und junge Polen, um gemeinsam die historische Wahrheit zu suchen und voneinander zu lernen.

3. Ich glaube, daß wir nie im Besitz der absoluten Wahrheit sind, auch nicht der absoluten historischen Wahrheit, sondern daß diese immer wieder gesucht werden muß. Die Empfehlungen und der begonnene deutsch-polnische Dialog, der vor einem Jahr durch Gierek in Hamburg manifestiert wurde und jetzt durch Bundeskanzler Schmidt fortgesetzt wird, werden weitergeführt. Und wir sind hier auf dem richtigen Wege. Ich bin dankbar, daß Hamburg diesen Empfehlungen — im Gegensatz zu anderen Bundesländern — zugestimmt hat, um den Weg zueinander zu erleichtern. Und diesem harten Geschäft mit der Wahrheit haben Sie und Ihre Fraktion mit dem Antrag auch im Blick auf die Verständigung einen schlechten Dienst erwiesen, einen schlechten Dienst hinsichtlich der notwendigen Verständigung und Versöhnung mit dem polnischen Volk.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident de Chapeaurouge: Das Wort hat Herr Reimer.

Reimer SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde das, was uns Herr Boysen heute hier geboten hat, so unglaublich, daß es mir zunächst fast die Sprache verschlagen hat. Ausgerechnet Herr Boysen muß hier den Empfindsamen und Mimosenhaften spielen,

(Neubüser CDU: Wen spielen Sie jetzt?)

einer, der keine Gelegenheit ausläßt, um andere, auch Mitglieder dieses Hauses, immer dann zu diffamieren, wenn ihm dazu gerade etwas einfällt. Ich sagte: „ausgerechnet Herr Boysen“, ich sagte nicht: „die CDU“.

(Echternach CDU: Werden Sie doch konkreter! Sagen Sie, wen Sie meinen!)

— Ich werde noch konkreter werden, mein lieber Herr Echternach. Wenn Sie es wollen, werde ich so konkret, daß es Ihnen richtig peinlich sein wird.

(Echternach CDU: Jetzt ganz konkret!)

Schlimm ist daran doch, daß Herr Boysen mit seinen Einlassungen offensichtlich den Eindruck erwecken wollte, als wäre der zweite Weltkrieg vom Himmel gefallen

(Boysen CDU: Wieso das denn?)

C

D

(Reimer SPD)

- A und habe keine Ursache gehabt. Wer für den Ausbruch des zweiten Weltkriegs verantwortlich ist, Herr Boysen, wissen Sie hoffentlich — das muß ich wohl unterstreichen — genausogut wie ich. Nach dem, was unser Volk, unsere Nation dem polnischen Volk im zweiten Weltkrieg angetan hat, müssen wir uns glücklich schätzen, daß das polnische Volk dieses Ausmaß an Verständigungsbereitschaft zeigt.

(Beifall bei den Regierungsparteien)

Und Sie sind mit Ihrem Antrag, ganz gleich, ob er abgelehnt wird — und dies wird er — oder ob er angenommen wird, in der Lage, alles das, was wir an Völkerverständigung, insbesondere an Verständigung mit dem polnischen Volk, erreicht haben, zu zerstören. Deswegen kann man Sie nur bedauern.

(Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien)

Vizepräsident de Chapeaurouge: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, schließe die Aussprache und komme zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Drucksache 3038 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um ein Handzeichen. — Darf ich um die Gegenprobe bitten. — Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.